



Ministerium für Verkehr | Postfach 10 34 52 | 70029 Stuttgart
Per E-Mail

An die Abteilungen 4
der Regierungspräsidien
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

Abteilung Straßenverkehr, Straßeninfrastruktur

Name: Anja Schröck
Telefon: +49 711 89686-2606
E-Mail: Anja.Schroeck@vm.bwl.de
Geschäftszeichen: VM2-0201.1-1/6/4
(bei Antwort bitte angeben)
Datum: 26.05.2025

Nachrichtlich:

Rechnungshof Baden-Württemberg
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Baustoffprüfstellen Baden-Württemberg
KIT, Institut für Straßen- und Eisenbahnwesen

Akustische Wirkung neu errichteter Lärmschutzwände Vor-Ort-Messungen an neuen Lärmschutzwänden im Rahmen der Abnahme und vor Ablauf der Gewährleistung

I. Allgemeines

Mit dem beigefügten Allgemeinen Rundschreiben (ARS) Nr. 07/2025 hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) eine vorübergehende Regelung für die akustische Abnahmeprüfung und Qualitätssicherung von neu errichteten Lärmschutzwänden bekannt gegeben.

Durch stichprobenartige In-situ-Messungen an neuen Lärmschutzwänden (Adrienne-Verfahren) soll vor Abnahme der Bauleistung sichergestellt werden, dass die vertraglich vereinbarten schallmindernden Eigenschaften eingehalten werden. Hierfür gibt das BMDV in seinem Schrei-



ben Textbausteine für die Baubeschreibung (unter Ziff. 3.12 „Prüfungen und Nachweise“, Unterpunkt „Akustische Messung bei Lärmschutzwänden“) sowie für die Leistungsbeschreibung (pauschale LV-Position) vor.

Das bestehende Abnahmeverfahren (CE-Kennzeichnung der Lärmschutzwände, bauliche Abnahme der fertiggestellten Leistung) bleiben hiervon unberührt.

Für die Anforderungen und die Durchführung der angestrebten Messung im Rahmen der Gewährleistungsbegehung wird das Vorgehen in einem gesonderten Schreiben geregelt.

II. Anwendung in Baden-Württemberg

Die Regelungen gemäß ARS Nr. 07/2025 sind im Geschäftsbereich der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes sowie im Geschäftsbereich der Landesstraßen in der Baulast des Landes bei der Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau anzuwenden.

Bereits laufende Vergabeverfahren bleiben von der Regelung unberührt. Die Regelung ist verbindlich für alle Vergabeverfahren drei Monate nach Versand dieses Schreibens.

Den kommunalen Straßenbaulastträgern wird empfohlen, diese Regelungen ebenfalls anzuwenden. Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Landratsämter und Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden entsprechend zu informieren.

III. Schlussbestimmungen

Dieses Einführungsschreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Internet- und Intranet der Abteilung 2 des VM im Sachgebiet 12 Umweltschutz, Sachgebiet 12.1 Lärmschutz, sowie im Sachgebiet 16 Bauvertragsrecht, im Sachgebiete 16.2 Vergabe- und Vertragsunterlagen und 16.4 Abwicklung von Verträgen eingestellt.

gez. Stefan Heß
Abteilungsleitung,
Ministerium für Verkehr

Anlage

Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 07/2025 vom 06.03.2025, Az.: StB 13/7144.2/02-3936979